

Oliver Hidalgo

Paradoxien demokratischer Partizipation

Alexis de Tocqueville und die Zivilgesellschaft

Tocquevilles profunde Analyse der Demokratie impliziert eine Krisendiagnostik, die auf eine systeminhärente politische Apathie der Bürger hinausläuft. Diese sei zwar theoretisch mithilfe eines von der Religion evozierten bürgerlichen Verantwortungsgefühls zu bannen; jedoch unterhöhle die Idee demokratischer Chancengleichheit umgekehrt gerade die Autorität von Religion und Transzendenz und lenke den Fokus auf materialistisches Wohlergehen und diesseitiges Glück. In gewisser Hinsicht erscheint Tocquevilles Werben für eine religiös fundierte Zivilgesellschaft daher als eine Art Quadratur des Kreises, doch resultiert dies letztlich nur aus seiner unvoreingenommenen Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes: das Paradoxon der Demokratie.

Einleitung

Denkt man heute an aktive Bürgerschaft, Sozialkapital, politische Partizipation, Subsidiarität und Eigenverantwortung, so liegt der Rekurs auf Tocquevilles Werk »Über die Demokratie in Amerika« (1835/1840) sehr nahe. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der französische Demokratietheoretiker und Politiker vor den Gefahren einer überbordenden Bürokratie, der politischen Apathie

der Bürger, dem Konformitätsdruck der Gesellschaft sowie der Dominanz egoistischer Interessen in der modernen demokratischen Gesellschaft gewarnt. Andererseits blieben ihm die Risiken direktdemokratischer Institutionen – die Verführbarkeit und mangelnde Fachkompetenz der Menge, die Schwerfälligkeit basisdemokratischer Entscheidungen oder auch die zeitliche und organisatorische Überforderung der Bürgerinnen und Bürger – keineswegs verborgen. Vor allem deswegen lohnt eine Auseinandersetzung mit seinen Thesen bis heute, weil Tocqueville die zahlreichen Ambivalenzen und Paradoxien der Demokratie schon zu seiner Zeit hellichtig erkannte. Will man daher seine Einsichten für das Verständnis der aktuellen Krise der repräsentativen Demokratie bzw. das Funktionieren einer politisch handlungsfähigen Zivilgesellschaft nutzen, so gilt es zuallererst, die spezifischen Schwächen des demokratischen Systems zu verstehen, die der französische Aristokrat identifiziert hat.

Probleme der Demokratie

Individualismus und Zentralismus
In seinen Werken unterstellt Tocqueville der modernen Demokratie eine Tendenz, sich in einer verhängnis-

vollen Spirale zu verfangen: Je vehementer die Bürger ihren privaten und egoistischen Interessen nachgehen (deren Erfüllung durch die demokratische Chancengleichheit realistisch wird), desto mehr verliere die Gesellschaft als Ganzes ihre Fähigkeit zur Selbstregulierung und trete die Macht des Verwaltungsstaates auf den Plan. Aus der Herrschaft der Bürokraten und Technokraten resultiere wiederum das individuelle Gefühl der Ohnmacht, das den einzelnen Bürger nur noch stärker von einem möglichen politischen Engagement abhält. Das individuelle Handeln werde dadurch zunehmend durch die Administration ersetzt, bis Letztere die gesamte soziale Tätigkeit steuert. Dabei sähen die Menschen in ihren demokratisch legitimierten Beherrschern keine Tyrannen, sondern Vormünder, die ihre Schützlinge nach einem vorgefertigten Plan überwachen, belehren und notfalls gegen ihren Willen glücklich machen. Der freie Wille wird nicht gebrochen, sondern zermürbt, bis der Einzelne freiwillig auf die Ausübung seines Willens verzichtet. Die Selbstbeschränkung der politischen Aktivität verhindere, dass sich freiheitliche Sitten und Institutionen etablieren können. Die immer unmündiger werdenden Bürger verfallen so stetig in größere Abhängigkeit von der Zentralgewalt. Diese zwingt »selten zu einem Tun, wende sich aber »fortwährend dagegen, dass man etwas tue«. Der demokratische Verwaltungsstaat »zerstört nicht, er hindert, dass etwas entstehe; er tyrannisiert nicht, er hemmt, er drückt nieder« und »löscht aus, er stumpft ab, und schließlich



Dr. Oliver Hidalgo ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

bringt er jedes Volk so weit herunter, dass es nur noch eine Herde ängstlicher und arbeitsamer Tiere bildet, deren Hirte die Regierung ist« (DA II, S. 464).

Die zunehmende Atomisierung der Bürger und das um sich greifende politische Desinteresse, die Tocqueville der modernen Demokratie attestiert, sind die signifikanten Entwicklungen, die er mit dem Begriff des *individualisme* belegt. Als »überlegendes und friedfertiges Gefühl, das jeden Bürger drängt, sich von der Masse der Mitmenschen fernzuhalten und sich mit seiner Familie und seinen Freunden abzusondern«, bringt der Individualismus den Einzelnen dazu, die Gesellschaft sich selbst zu überlassen. Im Bewusstsein des gleichen staatsbürgerlichen Status reduziert nicht nur jeder seine geistigen Einsichten auf die eigene Vernunft, sondern richtet auch »alle seine Gefühle auf sich allein« (DA II, S. 147). Unfähig, ihre Verantwortung für das Gemeinwesen selbstständig in die Hand zu nehmen, übertragen die Bürger die Lösung der sozialen und politischen Probleme weitgehend auf die Bürokratie.

Rechte und Pflichten

Die Diagnose der schleichenden Erosion des öffentlichen Lebens und des

sozialen Zusammenhalts in der modernen Demokratie hat in der Folge bei zahlreichen Denkern und Autoren Anklang gefunden. Man denke an Hannah Arendts *Vita activa* und die dort erhobene Klage über die Durchdringung des öffentlichen Raumes durch private Belange, die für die moderne Massengesellschaft charakteristisch sei und das gemeinschaftliche Handeln korrumpiere.¹ Oder an Richard Sennett, der seiner bekannten Studie über den Verfall des öffentlichen Lebens und die Tyrannei der Intimität nicht zufällig ein Epigramm aus der *Demokratie der Amerika* voranstellte.² Und auch Jürgen Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* beruft sich – in kritischer Distanz – auf die Einsichten Tocquevilles,³ wobei er insbesondere dessen »ambivalente Auffassung« ins Zentrum der Betrachtung stellt. Tatsächlich zählt das Erkennen der demokratischen Ambivalenz zu den größten Leistungen des französischen Aristokraten, wird darin doch der Widerspruch transparent, dass es gerade das durch Demokratie und Menschenrechte gestärkte Individuum ist, das den subtilen Unterdrückungsmechanismen der Moderne anheimzufallen droht. So sei es primär die daraus resultierende Unabhängigkeit und Emanzipation von traditionellen Au-

toritäten wie Adel, Kirche oder Gilde, das heißt die praktizierte Autonomie des Einzelnen, die ihn zum (un-)freiwilligen Opfer des Verwaltungsdespotismus macht. Allein gelassen, spürt das mit Rechten bewehrte Individuum seine Ohnmacht, den anonymen bürokratischen Strukturen etwas entgegensetzen zu können, wobei es nicht zuletzt deswegen daran scheitert, weil ihm ein *Pflichtgefühl* gegenüber seinen Mitmenschen oder für die Verantwortungsübernahme im politischen Gemeinwesen fehlt. In der modernen Demokratie besteht laut Tocqueville folglich ein großer Unterschied zwischen dem Grundrecht auf politische Beteiligung bzw. der formalen Verankerung der Volkssouveränität auf der einen und der faktischen Existenz einer vitalen politischen Kultur auf der anderen Seite. Eben weil in der demokratischen Gesellschaft das Recht des Individuums über allem anderen steht, drohe der politische Raum leer zu bleiben und die Bürgerinnen und Bürger sich privaten Vergnügungen hinzugeben. Entsprechend bemüht sich Tocqueville in seinen Schriften, ein Freiheitsverständnis zu etablieren, das neben der privaten Autonomie auch den Gehorsam gegenüber einer als gerecht empfundenen Werteordnung umfasst.⁴



Wutbürger | Schlichtung

Foto: Andrea Becker

Religion und Zivilgesellschaft

Tocquevilles Befürchtungen mögen sich nicht allesamt bewahrheitet haben. Dass er jedoch gesehen hat, wie sehr gerade die moderne Massendemokratie der verstärkten Organisation des politischen Handelns bedarf, dieses Verdienst ist ihm schwerlich abzuspochen. Dabei hoffte er, dass der Einzelne qua medial vermittelten Informationsaustausches und persönlichen Engagements in Vereinen und bürgerlichen Assoziationen sukzessive zur Mäßigung seines individuell-egoistischen Strebens gelangen würde, da er in der täglichen politischen Praxis unweigerlich die Interdependenz zwischen partikularen Zielen und den Belangen des Ganzen erfahre. Die »Lehre vom wohlverstandenen Eigennutz« (DA II, S. 182), wie Tocqueville diese Einsicht nannte, ist gleichzusetzen mit einer Absage an den Altruismus sowie der Verknüpfung von Tugend und Interesse, wie sie in der sozialen Verflechtung der individuellen Existenz zum Tragen kommt.

Mithilfe des bürgerschaftlichen Engagements sind für Tocqueville die Paradoxien der Demokratie tatsächlich bis zu einem gewissen Grad zu lösen. Neben seinem negativen Potenzial für einen »sanften Despotismus« des Verwaltungsstaates birgt das demokratische System für die Individuen ebenso die Chance, die eigene Handlungs- und Gestaltungsmacht gegenüber dem bürokratischen Paternalismus zu spüren. Indes zweifelte der Aristokrat Tocqueville an der Tragfähigkeit bürgerlicher Selbstverpflichtung. Dem wohlverstandenen Eigennutz allein traute er keine ausreichenden Integrationsressourcen zu, um den Spannungen der Marktgesellschaft gewachsen zu sein. Als aufgeklärter Egoismus müsse die doctrine de l'intérêt bien entendu unweigerlich darin versagen, den Bürgern ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu vermitteln.

Um den sich gegenseitig verstärkenden Kreislauf zwischen Zentralismus und Atomismus, Individualismus und Despotismus zu durchbrechen,

braucht es für Tocqueville deshalb einer tiefgründigeren Reanimation dessen, was die Demokratie zu untermunieren droht: einer subsidiär organisierten Zivilgesellschaft, die als pouvoir intermédiaire zwischen Staat und Individuum vermittelt. Dazu sei es wiederum nötig, dass die Religion den Materialismus und Gegenwartsbezug der demokratischen Bürger läutert und ein Gefühl der gegenseitigen Verpflichtung stiftet.

Das genuine Interesse am Gemeinwesen stellt sich für Tocqueville erst ein, wenn Einzelne den Blick nicht länger auf ihr irdisches Leben und damit auf ihren kurz- oder langfristig zu erreichenden persönlichen Vorteil heften. Über den *lien social* hinaus aber bedarf die demokratische Gesellschaft der moralischen Orientierung ihrer Mitglieder. Dabei vertraut Tocqueville auf die christliche Nächstenliebe, um ein moralisches Miteinander zu stiften (DA II, S. 34; S. 211 ff.). Abgesehen davon erwartet er von der Religion auch Entlastung (DA II, S. 34–35). Indem die religiös vorgegebenen Gewissheiten die Einzelnen von der Notwendigkeit entbinden, ethische Regeln und Normen ständig neu zu reflektieren und zu begründen, ermöglichen sie erst die Realität einer moralischen Lebensführung.

Das bekannte Böckenförde-Diktum, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann,⁵ findet sich also bereits in der *Demokratie in Amerika*. Für Tocqueville scheint klar, dass »man das Reich der Freiheit nicht ohne das der guten Sitten zu errichten und die guten Sitten nicht ohne den Glauben zu festigen vermag« (DA I, S. 22). Die moderne Demokratie aber benötige die Religion im besonderen Maße, weil nur das religiös fundierte Sozialkapital in der Lage sei, den egoistischen Partikularwillen der Individuen zu überwinden. Die »gefährlichen Triebe« des *homme démocratique*, seine Vereinzelung und sein egoistisches Wohlergehen (DA II, S. 37) sind für Tocqueville ohne das Wirken der Religion nicht zu

bändigen. Ohne einen gemeinsamen Glauben sei weder »die Gesamtheit der Bürger im Streben nach einem gleichen Ziel für längere Zeit« zu einigen (DA I, S. 136) noch »die allzu heftige und ausschließliche Neigung zum Wohlergehen«, die die Menschen in der Demokratie empfinden, »zu läutern, zu regeln und einzuschränken« (DA II, S. 43).

Zwischen dem Vermögen eines Volkes, sich selbst zu regieren, und seiner Religiosität besteht bei Tocqueville demgemäß eine folgenreiche Analogie.⁶ Ohne Religion, ohne ethisch-politische Orientierung, fehle es der Demokratie nicht nur am ausreichenden Wissen über die Qualität ihres Outputs, das heißt der Gesetze, sondern die Bürger, denen ihre metaphysische Autorität verloren geht, sehnen sich zuletzt nach einem »Herren«, d.h. einer (unumschränkt waltenden) politischen Instanz. Dass die Unabhängigkeit in beiden Bereichen, Religion und Politik, am Ende nicht mehr auszuhalten sei, formuliert Tocqueville zum zentralen Satz seines Werkes, dass derjenige, der »nicht gläubig, hörig werden«, und derjenige, der »frei« ist, »gläubig sein muss« (DA II, S. 36).⁷

Solche und andere Ausführungen erklären, warum sich insbesondere amerikanische Kommunitaristen wie Robert Bellah (1985)⁸ und Robert Putnam (1995) auf die religiös konstituierte Zivilgesellschaft Tocquevilles berufen haben.

Das demokratische Paradox

Tocqueville beklagt den drohenden Verlust der politischen Handlungsfähigkeit der Bürger in der modernen Massendemokratie. Weil die Individuen in der Ära der Chancengleichheit und Marktgesellschaft darin konform gehen, sich auf private, materialistische Ziele zu konzentrieren und sich eine »natürliche« politische Klasse, wie sie vormalig der Adel bildete, nicht mehr herauskristallisiert, werden dem modernen Verwaltungsstaat tendenziell immer mehr Befug-

nisse übertragen. Quasi als Gegengift empfiehlt Tocqueville, dass sich in der Demokratie die isolierten Individuen zu mächtigen Gruppen und Entscheidungsträgern, d.h. in seinem Jargon künstlichen aristokratischen Persönlichkeiten (DA II, S. 472) zusammenschließen und autonom die Dinge regeln, die sie direkt angehen. Sein Plädoyer für politische Selbstverantwortung bezieht sich dabei auf das Prinzip der Subsidiarität:

»Die Vorsehung hat jedem (...) das nötige Maß von Vernunft gegeben, das er zur selbstständigen Führung der ihn allein angehenden Dinge braucht. Das ist der große Leitsatz, der (...) der bürgerlichen und politischen Gesellschaft zugrunde liegt: Der Familienvater wendet ihn auf seine Kinder an, der Herr auf seine Diener, die Gemeinde auf die Gemeindeangelegenheiten, die Provinz auf die Gemeinden, der Staat auf die Provinzen (...) Auf das Ganze der Nation ausgedehnt, wird er zum Dogma der Volkssouveränität« (DA I, S. 590).

Getragen wird das Ganze wie gesehen von der Religion,⁹ ohne die sich für Tocqueville weder eine Vermittlung von privaten und politischen Handlungszielen noch ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl (auf der Ebene bestimmter Gruppen wie der gesamten Gesellschaft) einzustellen vermag. Ohne die Religion als sittlich-moralisches Bindeglied müssten für Tocqueville die sich herausbildenden

Akteursgruppen, Vereine, Lobbys und Parteien genau darin versagen, mehr zu erreichen als einen zermürbenden Kleinkrieg partikularer Interessen.

Das Problem an jener »Therapierung« der Demokratie durch die Religion liegt für Tocqueville indes darin, dass das demokratische System gerade das untergräbt, was es für eine freiheitliche politische Kultur am dringendsten benötigt. Zu Beginn des zweiten Bandes der *Demokratie in Amerika*¹⁰ analysiert er diesbezüglich die Tendenz der demokratisch-egalitären Gesellschaft, die Autorität der Religion herauszufordern und sie insbesondere in ihrer öffentlich-politischen Rolle infrage zu stellen. Eine geistige Autorität oder Tradition außerhalb der eigenen Vernunft anzuerkennen falle den nach rationalen Interessen handelnden und sich in intellektueller Unabhängigkeit wählenden demokratischen Bürgern unheimlich schwer. Insofern wandeln sie sich mehr und mehr zu *Cartesianern*, die letztlich an allem und jedem zweifeln und alles der individuellen Disposition unterstellen – für die Religion kein guter Nährboden, selbst wenn Descartes seinerzeit an Gott als Letztbegründung festhielt. Im Zeitalter der Demokratie sieht Tocqueville daher das anonyme Regime der öffentlichen Meinung anbrechen: Am Ende garantiere nur die Autorität der *opinion commune*, dass das Gesetz der demokratischen Gleichheit nicht verletzt werde. Nur wenn das zählt,

was alle denken (und nicht die überlegene Meinung einzelner geistiger Autoritäten, Persönlichkeiten, Experten oder auch Priester), scheint die hochgeschätzte Vernunft jedes Einzelnen jedem anderen gegenüber gleichberechtigt. Die Demokratie, die den Menschen »von allen seinen Mitbürgern unabhängig macht«, liefere ihn insofern zugleich »der Wirkung der größeren Zahl aus«. Dabei bekehre die öffentliche Meinung »zu ihrem Glauben nicht durch Überzeugung, sie zwingt ihn auf und lässt ihn durch eine Art von gewaltigem geistigem Druck auf den Verstand jedes Einzelnen in die Gemüter eindringen« (DA II, S. 21 f.). Die Abweichung von den mehrheitlich gesetzten Normen und Anschauungen wird mit sozialer Ausgrenzung quittiert. Die Öffentlichkeit entwickelt so einen enormen Konformitätsdruck. Einzelne und Minderheiten werden gezwungen, zur Meinung der Mehrzahl zu konvertieren respektive den Ansichten derjenigen Gruppen zu folgen, die sie für die Mehrheit halten.

Elisabeth Noelle-Neumann bemühte Tocqueville folgerichtig als Kronzeugen für ihr Konzept der Schweigespirale.¹¹ In dessen Insistieren auf den Konformitätszwang durch die Ansichten der Mehrheit geraten die positiven Aspekte der öffentlichen Diskussion tatsächlich deutlich in den Hintergrund.¹² Gemäß der Tocquevilleschen Ausführungen neigt die Demokratie

ZU DEN BILDERN IN DIESEM HEFT

Wutbürger

»Gegenlicht 21« ist ein Netzwerk engagierter Fotografen, die unter diesem Namen einen künstlerischen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um »Stuttgart 21« leisten wollen. Individuelle Positionen verschiedener Foto-Autoren stellen unterschiedliche Aspekte des Themas dar. Sie zeigen ihre Arbeiten im öffentlichen Raum, sehr gerne auf Straßen und Plätzen, wo sie ihre Bilder auf dem Boden auslegen, um Passanten zur Auseinandersetzung mit der Materie einzuladen, bieten die Bilder als Postkarten, rückseitig versehen mit Informationsbeiträgen zu dem Projekt Stuttgart 21, stellen die Bilder im Internet zur Verfügung (www.gegenlicht21.de), als Präsentation oder Ausstellung. Für ihre Arbeit nehmen sie nur Spenden, die den Opfern der Proteste zugutekommen.



Wutbürger | Argumente

Foto: Martin Sigmund



Wutbürger | Staatsgewalt

Foto: Guntram Gerst

über den Transmissionsriemen der öffentlichen Meinung stattdessen dazu, ihre eigenen Probleme und Schwächen ständig zu reproduzieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die erwähnten künstlichen »aristokratischen Persönlichkeiten«, die in der demokratischen Massengesellschaft allein die Fähigkeit zu handeln behalten – die Akteursgruppen, Vereine, Lobbys und Parteien, aber auch die Medien –, in der Demokratie stets dem Verdacht ausgesetzt bleiben, gegen das Gebot der Gleichheit zu agieren und lediglich partikulare Interessen zu vertreten. Eine sittliche Autorität, die sie von dieser Skepsis befreien könnte, wird ihnen vom Volk nur selten (und oft auch zu Recht nicht) zugetraut. Im Ganzen zeigt Tocquevilles Analyse der modernen Demokratie damit auf,

wie das demokratische System buchstäblich den Ast abzusägen droht, auf dem es sitzt. Die Lektüre seiner Werke ist heute umso wichtiger, als sie uns auf die verborgenen Autoimmunitäten der Demokratie aufmerksam macht, weit über die (spätestens seit Weimar) evidente Gefahr einer (Selbst-)Zerstörung der Demokratie durch eine undemokratische Mehrheit hinaus. Kann man Letzterer offensichtlich durch das Konzept einer wehrhaften Demokratie begegnen, scheint die Therapie gegen Individualismus, Privatismus und Atomismus der demokratischen Bürger ungleich schwerer: Wer gegen den Trend der politischen Apathie in der Demokratie handeln will, der tut dies paradoxerweise meist gegen das Vorurteil der unpolitischen öffentlichen Meinung.

ANMERKUNGEN

- 1 Zur Bedeutung Tocquevilles für Arendt siehe z.B. Boesche 1993 und Lloyd 1995.
- 2 Vgl. Sennett 2004, S. 6. Weiterführend Sennett 1979.
- 3 Vgl. Habermas 1993, § 15.
- 4 Ausführlich dazu Aron 1981.
- 5 Vgl. Böckenförde 1976, S. 60.
- 6 Ausführlich dazu Allen 1996.
- 7 Zur Freiheitsmetaphysik Tocquevilles, die die geregelte Freiheit des Gläubigen von der ungezügelter Freiheit des (atheistischen) Revolutionärs unterscheidet, siehe auch DA I, S. 65 und OC XII, S. 86.
- 8 Entsprechend erklärt sich auch der Titel von Robert Bellahs berühmter Studie *Habits of the Heart* (1985), die in der Tradition Tocquevilles das (gefährdete) Sozialkapital in den USA untersuchte.
- 9 Siehe dazu im obigen Zitat auch den Hinweis auf die göttliche »Vorsehung«.
- 10 Siehe Teil 1, Kapitel 2.
- 11 Noelle-Neumann 1991, S. 21, S. 124 ff. Dazu auch Allen 1991.
- 12 Für einen kritischen Kommentar hierzu Habermas 1993, S. 214.

LITERATUR

- Allen, B. (1991): The Spiral of Silence and Institutional Design. Tocqueville's Analysis of Public Opinion and Democracy. In: *Polity* 24, S. 243–267.
- Allen, B. (1996): Tocqueville's Analysis of Belief in a Transcendent Order, Enlightened Interest and Democracy. In: *Journal of Theoretical Politics* 8.3, S. 383–414.
- Arendt, H. (1999): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 11. Auflage. München.
- Aron, R. (1981): *Über die Freiheiten*. Stuttgart.
- Bellah, R. et al. (1985): *Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life*. Berkeley.
- Böckenförde, E. W. (1976): *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*. Frankfurt/Main.
- Boesche, R. (1993): Tocqueville and Arendt on the Novelty of Modern Tyranny. In: Lawler, P.; Alulis, J. (Hg.): *Tocqueville's Defense of Human Liberty. Current Essays*. New York, London, S. 157–175.
- Habermas, J. (1993): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main.
- Lloyd, M. (1995): In Tocqueville's Shadow. Hannah Arendt's Liberal Republicanism. In: *The Review of Politics* 57, S. 31–58.
- Noelle-Neumann, E. (1991): *Öffentliche Meinung. Die Theorie der Schweigespirale*. Frankfurt/Berlin.
- Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy* 6.1, S. 65–78.
- Sennett, R. (1979): What Tocqueville Feared. In: *The Partisan Review* 46, S. 406–418.
- Sennett, R. (2004): *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. 14. Auflage. Frankfurt/Main.
- Tocqueville, A. (1987): *Über die Demokratie in Amerika*. 2 Bde (DA I/II). Zürich.
- Tocqueville, A. (1951ff.): *Œuvres complètes*. 18 Bde. (OC I–XVIII). Paris.